



Pressemitteilung

Nr. 013/2020 vom 15.10.2020



Pressesprecher: Thorsten Bullerdiek, Tel. 0175 1864242

NSGB kritisiert Entscheidung der Landesregierung zum Integrationsfonds

Der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund ist enttäuscht von der Entscheidung der Landesregierung, die Mittel aus dem Integrationsfonds nicht auf weitere Kommunen zu verteilen. „Die Landesregierung verkennt, dass alle Städte, Gemeinden und Samtgemeinden in Niedersachsen vor den Herausforderungen der Integration gestellt sind und zur Bewältigung daher finanzieller Unterstützung durch das Land bedürfen. Dies betrifft etwa die Sicherstellung einer sozialen Betreuung, die Schaffung einer aufnahmebreiten Gesellschaft und Konfliktprävention, das Wohnungsmanagement sowie die Sicherstellung einer alltagsintegrierten Sprachförderung in den Kindertageseinrichtungen. Eine Ausweitung des Empfängerkreises wäre ein Schritt in die richtige Richtung gewesen. Nach der gestern veröffentlichten Entscheidung der Landesregierung profitieren auch künftig lediglich vierzehn niedersächsische Kommunen von dem Landesprogramm, die nicht einmal die bisherigen Mittel aus dem Fonds in voller Höhe abgerufen haben, erklärte der Präsident des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Marco Trips, heute in Hannover.

Der NSGB setzt sich beim Land seit langem für eine flächendeckende finanzielle Unterstützung der niedersächsischen Städte, Gemeinden und Samtgemeinden bei den Herausforderungen der Integration ein, die möglichst allen Kommunen zugutekommt.